

Parlamentarischer Vorstoss

2025/510

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	EU-Paket: Dynamische Rechtsübernahme schwächt Kanton und Landrat
Urheber/in:	Peter Riebli
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	13. November 2025
Dringlichkeit:	—

Mit dem neuen EU-Vertragspaket wäre ein tiefgreifender Umbau der institutionellen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verbunden. Zahlreiche politische und rechtliche Neuerungen würden sich ergeben, insbesondere im Bereich der dynamischen Rechtsübernahme.

Gemäss Bundesverfassung wirken die Kantone bei der Gestaltung der Aussenpolitik mit.

Die Regierung übt diese Aufgabe - ohne institutionelle Mitwirkung des Landrates - mittels der Einreichung von Stellungnahmen im Namen unseres Kantons, der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie den Direktorenkonferenzen aus.

Mit den zusätzlichen Sachbereichen, welche im neuen Vertragspaket mit der Europäischen Union geregelt werden, würden die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regierung und des Landrates in diesen Bereichen eingeschränkt bzw. ausgehebelt.

Durch die Tatsache, dass dynamisch übernommene Rechtsakte in Brüssel ausgearbeitet und auf Bundesebene ohne wirkliche direktdemokratische Mitsprache eingeführt werden sollen, werden die Mitwirkungsmöglichkeiten der kantonalen Parlamente und der Kantone weiter geschwächt.

Dies, obwohl es sich bei diesen Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone um einen zentralen Grundsatz unserer Bundesverfassung handelt.

Ich bitte die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchen Bereichen würden bei der Umsetzung des neuen EU-Vertragspakets die bisherigen Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone eingeschränkt?
 2. Welche Massnahmen sieht die Regierung vor, um die durch das Vertragspaket geschwächte föderale Ordnung und die kantonalen Steuerungskompetenzen zu bewahren?
 3. Welche Ersatzmassnahmen sieht die Regierung vor, um die durch das Vertragspaket geschwächten kantonalen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Rechtsübernahme zu kompensieren?
-

4. Wie will die Regierung sicherstellen, dass bei der dynamischen Rechtsübernahme, welche nach dem Integrationsverfahren erfolgt, die (nicht demokratisch legitimierte) Schweizerververtretung im Gemischten Ausschuss rechtzeitig anmeldet, dass eine Regulierung auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe einzuordnen und damit dem Referendum zu unterstellen ist?
-
- Teilt die Regierung die Ansicht, dass mit dem neuen Vertragspaket der Zentralismus gestärkt wird zugunsten der Konferenz der Kantonsregierungen, deren Legitimität nicht jener einer Kantonsregierung entspricht, und zulasten des Landrates?